

Niederschrift

über die

22. Sitzung des Stadtrates

der Stadt Burglengenfeld

Sitzungstermin:	Mittwoch, 09.03.2016
Sitzungsort/-raum:	im historischen Rathausaal
Beginn:	18:04 Uhr
Ende:	19:57 Uhr

Zur heutigen Sitzung des Stadtrates wurden von Bürgermeister Thomas Gesche sämtliche Mitglieder ordnungsgemäß eingeladen. Zu Beginn der Sitzung waren Bürgermeister Thomas Gesche als Vorsitzender und 21 der 24 Mitglieder des Stadtrates anwesend.

Der Stadtrat war beschlussfähig, da sämtliche Mitglieder ordnungsgemäß geladen waren und die Mehrheit anwesend und stimmberechtigt war.

Zeitpunkt und Ort der öffentlichen Sitzung wurden unter Angabe der Tagesordnung ortsüblich bekannt gemacht.

Bürgermeister Thomas Gesche begrüßte alle Stadträte und Ortssprecher, ebenso die Vertreter der Verwaltung, den Vertreter der Presse und alle Zuschauer.

Von 24 Stadträten waren 21 anwesend. Entschuldigt fehlten die Kollegen Frau Vohburger und Herr Schaller. Stadträtin Frau Dr. Christina Bernet trat bei den Haushaltsreden 2016 (Top drei) der einzelnen Fraktionen um 18:17 Uhr der Sitzung bei.

Bürgermeister Thomas Gesche sagte: „Ich wünsche Frau Vohburger gute Besserung aber bevor ich frage, ob mit der Tagesordnung Einverständnis besteht, darf ich noch kurz drauf verweisen, unter welchem Punkt wir zu den Haushaltsreden kommen. Zu Beginn des Top drei, also vor den einzelnen Anträgen werde ich die Haushaltsrede verlesen und dann dürfen sich bitte alle Fraktionen ggf. anschließen. Im Anschluss daran kommen wir zu den einzelnen Anträgen und danach zum Haushaltsbeschluss.“

Zudem haben wir Ihnen den modifizierten Haushaltsantrag der SPD, welchen Sie bereits per E-Mail erhalten haben ausgedruckt.

Ebenso haben Sie den TOP Waldkindergarten mit dem aktualisierten Beschlussvor-

schlag auf Ihrem Tisch und zudem einen BWG Antrag, der im April behandelt wird, zur Kenntnisnahme.

Besteht mit der Tagesordnung Einverständnis?“

Gegen die Tagesordnung wurden **keine Einwendungen** vorgebracht.

Teilnehmerverzeichnis

Anwesend waren:

Funktion Name, Vorname	Bemerkung
1. Bürgermeister:	
Gesche, Thomas 1. Bürgermeister	
Stadtratsmitglieder:	
Beer, Andreas jun. Stadtrat	
Bernet, Christina Dr. Stadträtin	trat bei Top 3.1 um 18:17 Uhr der Sitzung bei
Bösl, Sebastian Stadtrat	
Deml, Hans Stadtrat	
Deschl, Karl Stadtrat	
Dusch, Michael	
Ehrenreich, Sabine Stadträtin	
Glatz, Hans Stadtrat	verlässt von 18:50 Uhr bis 18:51 Uhr den Saal
Graf, Max Stadtrat	
Gruber, Josef 3. Bürgermeister	
Hofmann, Christine	
Hofmann, Thomas Stadtrat	
Karg, Heinz Stadtrat	verlässt von 19:43 Uhr bis 19:44 Uhr den Saal
Konopisky, Roland Stadtrat	
Krebs, Bernhard 2. Bürgermeister	
Lorenz, Theo Stadtrat	
Mulzer, Barbara Stadträtin	
Plecher, Georg Stadtrat	
Schreiner, Albin Stadtrat	
Schwarz, Christoph Stadtrat	
Steinbauer, August Stadtrat	
Wein, Peter Stadtrat	verlässt von 19:00 Uhr bis 19:03 Uhr den Saal
Ortssprecher:	
Auer, Josef jun. Ortssprecher	
Feurerer, Yvonne Ortssprecherin	
Verwaltung:	
Frieser, Elke Stadtkämmerin Leiterin Kämmerei	
Haneder, Franz Stadtbaumeister Leiter Stadtbauamt	
Hitzek, Michael Pressereferent	
Schneeberger, Gerhard VAR Bauverwaltung	
Wittmann, Thomas VOAR Leiter Hauptamt	
Schriftführerin:	
Lorenz, Regina Verwaltungsangestellte	

Nicht anwesend waren:

Funktion Name, Vorname	Bemerkung
Stadtratsmitglieder:	
Schaller, Michael Stadtrat	entschuldigt
Vohburger, Evi Stadträtin	entschuldigt
Ortssprecher:	
Ehnsperger, Jürgen Ortssprecher	
Verwaltung:	
Kolb, Fritz VOAR Leiter Bauverwaltung	

Tagesordnung

A) Öffentliche Sitzung:

1. Genehmigung des Protokolls über den öffentlichen Teil der Sitzung vom 24.02.2016 und vom 27.01.2016
2. Einstellung einer Teilzeitkraft für den Bürgertreff
3. Haushaltsplan 2016 der Stadt Burglengenfeld; Haushaltsberatung
 - 3.1 Antrag der SPD-Fraktion
 - 3.2 Antrag der BWG-Fraktion
 - 3.3 Antrag der BFB-Fraktion
 - 3.4 Erlass der Haushaltssatzung
 - 3.5 Festsetzung des Finanzplanes 2016 mit Investitionsprogramm für die Jahre 2015 - 2019
4. Antrag der SPD-Fraktion zu einem Grundsatzbeschluss für neue Baugebiete
5. Errichtung eines Waldkindergartens
6. Bauanträge und Bauvorhaben
 - 6.1 Errichtung eines Einfamilienhauses mit Garage auf dem Grundstück Flst.Nr. 583/1 der Gem. Lanzenried, Mühlberg 5, als Ersatzbau zum Altbestand - Bauvoranfrage -
7. Anfragen nach § 31 der Geschäftsordnung / Informationen des Bürgermeisters

Haushaltsrede von Bürgermeister Gesche zum städtischen Haushalt 2016

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Stadtratskollegen,

das grundsätzliche Rüstzeug und der Handlungsauftrag für eine Kommunalverwaltung ist in jedem Jahr der jeweilige Finanzhaushalt.

So sieht die Theorie vor, dass am Ende eines Jahres die Finanzplanung stehen soll, wobei aber fast alle Gemeinden den jeweiligen Haushalt erst zwischen Januar und Juni verabschieden.

Bisher war das auch in Burglengenfeld meistens der Fall. Auch hier wurden die meisten Haushalte zwischen April und Juni verabschiedet.

In diesem Jahr hat die Verwaltung jedoch so frühzeitig wie selten zuvor die Haushaltsplanung in Abstimmung mit dem 1. Bürgermeister auf den Weg gebracht.

So stand bereits im Januar der Verwaltungsentwurf zum Haushalt 2016.

Deshalb bereits vorab ein herzlicher Dank an die Verwaltung, also an alle Amtsleiter und insbesondere an das Team der Kämmerei an die Kämmerin Elke Frieser, die hier sehr gute Arbeit geleistet haben!

Die gute, realistische und vor allem aber frühzeitige Planung hat es uns ermöglicht, bereits am 11. Februar zur ersten Haushaltsvorberatung zu laden und so wurde am 11. Februar der sog. Verwaltungshaushalt vorberaten.

Bereits vier Tage später, also am 15. Februar haben wir mit dem Finanzausschuss ausführlich den Vermögenshaushalt, Haushaltsstelle für Haushaltsstelle angesehen und beraten.

Somit hatten alle Fraktionen ausreichend Zeit für ihre jeweiligen Vorberatungen, ehe am Donnerstag, den 03. März die Beratung der einzelnen Anträge stattfand.

Nur am Rande ist dabei zu erwähnen, dass selbstverständlich alle Haushaltsberatungen öffentlich und somit absolut transparent waren.

Man kann also festhalten, die Verwaltung und der Bürgermeister haben Ihre Hausaufgaben gemacht.

Nun hat der Stadtrat also bereits heute am 09. März die Chance einen sehr guten, zukunftsorientierten und ausgeglichenen Haushalt zu verabschieden und das ist gut so.

Denn ein frühzeitig verabschiedeter Haushalt bedeutet für die Stadt und die Verwaltung Planungssicherheit, bedeutet einen konkreten Auftrag und gibt die Chance für frühzeitige Ausschreibungen und somit für wirtschaftliches und sparsames Handeln.

Einige Haushaltsansätze stellten sich dabei von selbst auf, z. B. durch den bereits beschlossenen Kanalbau, der Stadtwerke, nach See und Mossendorf oder durch bereits verabschiedete Straßensanierungen.

Ansonsten teilt sich der vorliegende Entwurf in drei große Hauptgebiete auf, diese sind:

1. Bildung und Kultur
2. Infrastruktur
3. Haushaltskonsolidierung

also genau die Schwerpunkte die für eine erfolgreiche und zukunftsorientierte Politik für unsere Stadt nötig sind.

Aber schauen wir uns die einzelnen Blöcke mal näher an:

Thema Bildung und Kultur:

- hier wird nach dem vorgelegten Plan der dritte Sanierungsabschnitt im Museum umgesetzt,
- wird die Sanierung der Filialkirche in Pilsheim finanziert,
- wird die Neugestaltung des Pausenhofes an der Schule umgesetzt,
- wird die Kindergartenerweiterung im AWO Kindergarten um eine Gruppe fertiggestellt,
- erhält der Josefine-Haas-Kindergarten eine Akustikdecke,
- wird der städtische Anteil für eine neue Kinderkrippengruppe eingeplant
- und wird ein neuer Waldkindergarten eingerichtet und somit das Betreuungsangebot weiter attraktiv in unserer Stadt ausgebaut

allein dies ist ein sehr guter und richtiger Baustein. Ein noch größeres Maß an Investitionen sieht aber die Rubrik Infrastruktur vor.

- so soll in Sachen Brand- und Katastrophenschutz ein neues Mehrzweckfahrzeug als Einsatzleitwagen angeschafft werden
- und es wird in jedem Fall eine sechsstellige Ansparung für die dringend notwendige Drehleiter zurückgelegt

Infrastruktur bedeutet aber insbesondere auch Sanierung und Erhalt von Brücken und Gemeindestraßen, was leider zu lange stiefmütterlich behandelt und immer wieder aufgeschoben wurde.

Hier sieht der Haushalt ein sehr ehrgeiziges und zukunftsorientiertes Konzept vor:

- in der Innenstadt wird der dritte Bauabschnitt am Marktplatz realisiert
- wird ein Fußgängerüberweg beim Bulmare zur Verkehrssicherheit insbesondere der Schulkinder installiert,
- wird in diesem Zuge auch der Kreuzungsbereich Max-Tretter-Straße / und Bulmare entschwenkt bzw. vergrößert,
- die Stützmauer am Premberger Weg soll erneuert werden,
- der erste Sanierungsabschnitt der Pfälzer Straße wird realisiert,
- es erfolgt die komplett Sanierung der Rathausstraße
- in diesem Zuge wird übrigens auch die Gasse am Strieglberg saniert,
- weiterhin wird ein Teilstück der Goethestraße saniert

Diesem beeindruckenden Sanierungsplan in der Kernstadt steht aber zudem noch eines der größten Sanierungsprogramme im Umland gegenüber, was es in den letzten Jahren gegeben hat:

- neben der Kanalbaumaßnahme der Stadtwerke nach See und Mossendorf,
- wird die GVS von Untersdorf nach Pottenstetten saniert,
- ebenso wird die Gemeindeverbindungsstraße Köblitzplatte-Dirnau erneuert,
- genauso wie die Gemeindeverbindungsstraße Loisnitz
- weiterhin wird eine Ortsstraße in Dietldorf erneuert
- und die GVS von Enghof nach Eichhof saniert,
- ebenso steht die Brückensanierung in Dietldorf im HH-Plan eingeplant, die mit rund 300.000 EUR zu Buche schlägt.

Man sieht, dass das Umland berücksichtigt ist, wie selten zuvor!

Das ist aber noch nicht alles,

- es wird außerdem die Laufbahn im Naabtalpark saniert,
- es wird der erste Bauabschnitt am historischen Gefängnisturm realisiert werden -und darüber hinaus soll auch noch ein von der Regierung nunmehr zwingend vorgeschriebenes städtebauliches Entwicklungskonzept kurz ISEK für rund 100.000 EUR erstellt werden
- abschließend sind auch noch 30.000 EUR für eine erste Umstellung in Richtung papierloser Verwaltung, sprich E-Akte zur Verwaltungsmodernisierung angesetzt.

Das alles sind gute und richtige Vorhaben. Jedoch ist es bei der äußerst angespannten Finanz- und Schuldensituation der Stadt und seiner Töchter auch zwingend notwendig und wichtig, ganz massiv die bestehenden Schulden abzubauen, um nicht künftige Generationen mit den bestehenden Altschulden zu belasten.

Auch diesem Ansatz wird der vorliegende Haushaltsentwurf absolut gerecht.

Es werden 697.600 EUR also knapp 700.000 EUR im städtischen Haushalt plangemäß getilgt.

Zu dieser hervorragenden Tilgungsleistung kommt auch noch eine erneute Erhöhung der sog. Kapitalanlage an die Stadtwerke und die Bulmare GmbH.

Betrag diese Kapitaleinlage von 2008-2014 jeweils 2,3 Millionen EUR, so wurde diese in 2015 bereits deutlich auf 2,7 Millionen aufgestockt und der jetzige Haushaltsentwurf 2016 erhöht diese Einlage noch einmal auf 2,9 Millionen EUR.

Somit sind die Leistungen des Bauhofes sicher finanziert und der Betrieb des Bades ist damit auch finanziell solide dargestellt.

Aber nun vielleicht noch ein paar ganz wesentliche Zahlen.

Der Verwaltungshaushalt schließt bei Einnahmen und Ausgaben ausgeglichen bei 19.781.650,00 EUR

Der Vermögenshaushalt hingegen bei 8.306.700,00 EUR

Der Investitionsanteil liegt somit bei einem guten Wert von 55,88 Prozent.

Die Umlagekraft pro Einwohner liegt bei 621,75 EUR je Einwohner.

Und die Zuführung zum Vermögenshaushalt beträgt 4.691.900,00 EUR.

Das klingt eigentlich nicht schlecht. Aber ich hoffe dennoch, dass heute niemand erneut das Märchen vom Überschuss erzählt und damit probiert, unsere Bürger in die Irre zu führen, denn einen Überschuss gibt es nicht.

Die sog. Zuführung vom Verwaltungs- an den Vermögenshaushalt ist vielmehr eine gesetzlich geregelte Position.

Und der Betrag von 4,6 Millionen klingt zwar zuerst ganz gut, aber wenn man mal die Kapitaleinlage abzieht, also das Geld für Stadtwerke und die Bulmare GmbH, dann verbleiben nur noch 1,7 Millionen Euro.

Zieht man davon die Schuldentilgung von rund 700.000 EUR ab, dann bleibt nur noch eine Millionen Euro für Investitionen und das in einem relativ guten Haushaltsjahr, in welchem die Konjunktur läuft und die Kreisumlage um historische 1,7 Prozentpunkte gesenkt wurde.

Das zeigt auch, dass derzeit nicht ernsthaft die Rede davon sein kann, die Hebesätze anzutasten, denn wenn man die Hebesatzveränderung herausrechnet, die mit rund 1,00 Millionen Euro zu Buche schlägt, dann hätte man bei gleicher Kapitaleinlage und gleichem Schuldendienst einen absoluten Stillstand in Burglengenfeld und den wird es mit mir, meine Damen und Herren, nicht geben.

Vielmehr freue ich mich auch jetzt auf konstruktive Beratungen und auf Ihr ausgeprägtes Demokratieverständnis, ganz unabhängig vom Ausgang der einzelnen Antragsabstimmungen, darf ich Sie bitten, dem dann vorliegenden Haushaltsentwurf

zuzustimmen, so dass Burglengenfeld weiter einen soliden Konsolidierungskurs gehen und weiter aufblühen kann.

Vielen Dank an alle, die hierzu konstruktiv beitragen.

Haushaltsrede von Stadtrat Sebastian Bösl SPD-Fraktion zum städtischen Haushalt 2016

Herr Bürgermeister, werte Kollegen und Kolleginnen,

Am 19.03.2016 waren der Herr Bürgermeister Gesche, der Kollege Wein und ich bei einer Veranstaltung der SPD-Landtagsfraktion in Nittenau. Zu Gast waren Mitglieder der Enquete-Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Bayern“ im Bayerischen Landtag. Bei dieser Veranstaltung, an der mehrere Bürgermeister der mittleren und nördlichen Oberpfalz teilgenommen haben, kam eines sehr klar zum Ausdruck:

Burglengenfeld steht im Vergleich mit den anderen Kommunen der Region hervorragend da.

Ob Lebensqualität, Infrastruktur, Dienstleistungsangebot, Gewerbe, Schulen, Gesundheitsvorsorge, oder Innenstadtstruktur - Burglengenfeld ist in der Region vorne mit dabei. Das einzige Thema, bei dem auch in Burglengenfeld noch einiges getan werden muss, ist der Breitbandausbau. Doch auch dieses Thema, wissen wir, dass es in Arbeit ist und wir wissen, dass das Thema bei unserem Breitbandpaten aus der Verwaltung, Herr Wittmann, in guten Händen ist und dass auch hier Burglengenfeld bald auf der Höhe der Zeit sein wird.

Bezeichnend war das Statement eines Bürgermeisters aus einer kleinen Gemeinde im Norden des Landkreises. Der beklagte, dass es in seiner Gemeinde gerade noch ein paar Wirtshäuser gebe und sonst de facto nichts. Er schloss seine Klage mit der freudigen Bemerkung: „Aber wir sind noch schuldenfrei.“ Burglengenfeld ist hier das Gegenprojekt. Ja, wir haben Schulden, die wir selbstverständlich abbezahlen müssen. Aber diese Schulden stecken in Projekten, die unsere Stadt voran gebracht haben.

Weil wir Geld in die Hand genommen haben in den vergangenen 25 Jahren, stehen wir da, wo wir jetzt stehen.

Wer Schulden pauschal verteufelt, der irrt. Ich überspitze nun bewusst, wenn ich keinen geringeren als Immanuel Kant zitiere, der einmal geäußert hat: „Die Sparsamkeit ist eine Peinlichkeit.“ Zum Sparen, argumentierte der Philosoph, gehörten weder „Geschicklichkeit noch Talent“. Für das Wohl und Wehe einer Volkswirtschaft ist nämlich nicht die Höhe der Schulden entscheidend, sondern ihr Verhältnis zum Wirtschaftswachstum. Eine funktionierende moderne Volkswirtschaft kommt ohne Verschuldung nicht aus. Verschuldung richtig eingesetzt, ist ein Motor für die Zukunftsfähigkeit. Übertragen auf die Kommune bedeutet dies, dass wir die Verschuldung in Verhältnis zu unserer Einnahmesituation setzen müssen. Freilich dürfen wir die Steuergelder unserer Bürger nicht verschleudern. Aber das Leitbild der schwäbischen Hausfrau hätte Burglengenfeld nicht zu dem gemacht, was es ist. Sie, Herr Bürgermeister, neigen aber zur Verschleuderung von Steuergeldern. Das KPMG-Gutachten und die Stellungnahme von Dr. Troidl zur Ausstattungsgarantie der Stadtwerke für die Bulmare GmbH sind nur zwei unrühmliche Beispiele.

Wir alle, wie wir hier sitzen, haben davon profitiert, was unsere Väter errichtet haben.

Ich selbst gehöre einer Generation an, deren Großeltern die Zeit des Nationalsozialismus und deren Eltern die Zeit des Wiederaufbaus nach dem Krieg erlebt haben. Ich konnte in Burglengenfeld in eine Schule gehen, die meine Vorgänger errichtet haben. Wir von der SPD stehen zu unseren volkswirtschaftlichen Grundsätzen. Und einer davon lautet, dass jeder an der Finanzierung eines Projektes mitwirken muss, der davon profitiert. Ein ganz konkretes Beispiel dazu: Wer heute als junger Mensch im Bulmare schwimmen lernt, der ist auch aufgerufen, sich in zehn, zwanzig, dreißig Jahren, wenn es selbst Geld verdient, an der Finanzierung zu beteiligen. Gleiches gilt für die Schulen im Naabtalpark - auch hier profitieren mehrere Generationen von der Einrichtung und deswegen sind auch mehrere Generationen dazu aufgerufen, die Finanzierung zu stemmen.

Die CSU stellt seit Jahren die Zahl von 60.000.000,00 EUR Gesamtverschuldung in den Raum und wirft alles in einen Topf: Schulden des kammeralen Haushalts der Stadt, Schulden in der doppelten Buchführung der Bulmare GmbH, nicht realisierte Verluste aus Fremdwährungskrediten, Schulden für den Kanalbau, obwohl diese über Beiträge refinanziert werden - alles wird in einen Topf geworfen. Klar, das ist schön plakativ, wenn man immer die 60.000.000,00 EUR wie ein Damoklesschwert über die Stadt darstellen kann.

Wir als SPD setzen auf seriöse Betrachtung unserer Schuldensituation. Wir werden in jedem unserer Haushaltsempfehlungen auch ein großes Augenmerk auf den Abbau von Verbindlichkeiten setzen. Der Herr Bürgermeister hat es ja genannt, da ist eine erkleckliche Summe in diesem Haushalt mit enthalten. Aber das muss mit Augenmaß und nicht mit Ideologie geschehen.

Ich komme nun konkret zur Haushaltssatzung 2016:

2. Einnahmeseite

Ein Blick auf die Einnahmeseite zeigt deutlich: die Maßnahmen des Haushaltsjahres 2015 tragen Früchte. Veranschlagte Einnahmen aus Grundsteuer A und B in Höhe von 4.725.000,00 EUR sowie aus der Gewerbesteuer in Höhe von 3.100.000,00 EUR verbessern unsere Einnahmesituation erkennbar gegenüber den vorigen Haushaltsjahren. An dieser Stelle möchte ich auch nochmals an alle Bürger die Botschaft richten. Die Stadt benötigt dieses Geld, um für Sie weiterhin ein lebens- und liebenswertes Burglengenfeld zu erhalten. Die Errungenschaften der letzten zwanzig Jahre kosten Geld. Ja, dazu stehen wir. Aber wer kann leugnen, dass wir unseren Kindern eine Stadt hinterlassen, in der man glücklich werden kann. Eine Stadt, die für Jung und Alt unglaublich viel bietet. Eine Stadt, in der man unglaublich viele Dienstleistungen in Anspruch nehmen kann. Eine Stadt mit einer gesunden Gewerbestruktur in der Innenstadt. Eine Stadt, die kein Leerstandsproblem hat. Eine Stadt mit einem breiten Freizeitangebot - vom Kino, über mehrere Fitnesscenter bis hin zu den ca. 100 Vereinen. Eine Stadt, die einen der größten bayerischen Barockbaumeister hervorgebracht hat. Eine Stadt, die die Hälfte des Original Naabtalduos und Thea Gottschalk hervorgebracht hat.

Im Ernst - wer bestreiten möchte, dass Burglengenfeld eine wunderbare Stadt ist, der möge die verdunkelte Brille absetzen.

3. Die Agenda von CSU und BWG

Die Agenda von Bürgermeister, CSU und BWG lautet Vergangenheitsbewältigung. Projekte, die in die Zukunft weisen, sind bei Ihnen, Herr Bürgermeister, Fehlanzeige. Und die Vorschläge der BWG bleiben vage Vorstellungen ohne konkrete Substanz. Die SPD ist in Burglengenfeld die einzige politische Kraft, die Zukunftsideen mit finanzpolitischer Seriosität verbindet.

4. Unsere Vorschläge

Zukunft wagen - unter dieses Motto stellt die SPD-Fraktion Ihren Haushaltsentwurf. Zukunft wagen - das bedeutet, dass wir neue Wege gehen wollen in der Bauleitplanung. Wir werben um Ihre Zustimmung, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, für unseren Antrag auf einen Grundsatzbeschluss, über den unter Punkt 4 entschieden wird, den ich aber - mit Ihrer Erlaubnis - kurz vorziehe, weil es hier um die grundsätzliche Ausrichtung unserer Gemeinde geht und die Ausführung jetzt im Zusammenhang mit dem Haushalt auch stehen.

4.1. dezentrale Energieversorgung in den Wohngebieten

Wir wollen, dass künftig bei jedem neuen Wohngebiet die Möglichkeit einer dezentralen Energieversorgung für das Wohngebiet geprüft wird. Ziel ist es, wenn möglich energieautarke Wohngebiete zu schaffen und so einen wichtigen Schritt in Richtung Energiewende zu vollziehen. Diese Energiewende, die in Bayern von der Staatsregierung mit solch wirtschaftsfeindlichen Regelungen wie dem Art. 82 Bayerische Bauordnung - die berühmte „10-H-Regel“ für Windräder - torpediert wird. Horst Seehofer und seine CSU setzen die Zukunftsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Bayern aufs Spiel. Leider hat eine unselige Allianz mit CSU und BWG an der Spitze diese wirtschaftsfeindliche Politik mit einem Grundsatzbeschluss auf die Gemeinde Burglengenfeld übertragen. Als einzige Fraktion hat die SPD gegen den Grundsatzbeschluss bestimmt, der die Nutzung von Windenergie in Burglengenfeld - trotz günstigem Windatlas - quasi unmöglich macht.

Um hier nicht komplett die Entwicklung zu verschlafen, müssen wir handeln und auf dem von uns vorgeschlagenen Wege Impulse für die Zukunft zu setzen. Ich bitte Sie also um Zustimmung zu unserem Antrag, dass die Verwaltung beauftragt wird, künftig bei der Bauleitplanung die Möglichkeit einer dezentralen Energieversorgung für das Wohngebiet zu prüfen.

4.2. E-Tankstelle

Ein weiterer kleinerer Baustein, der noch in diesem Jahr verwirklicht werden kann, ist unser Vorschlag, in Burglengenfeld eine E-Tankstelle für Elektroautos zu installieren. Wir stellen uns als geeignete Standorte einen gemeindeeigenen Parkplatz - z.B. im Naabtalpark - oder aber das Parkhaus vor. In diesem Fall müsste die Entscheidung im Verwaltungsrat der Stadtwerke getroffen werden. Wir bitten hier, die Verwaltung entsprechend tätig zu werden.

4.3. Kapitaleinlage für die Stadtwerke erhöhen

Zukunft denken - das bedeutet für uns auch, die langfristigen Verbindlichkeiten unserer Tochtergesellschaften, insbesondere der Bulmare GmbH im Auge zu behalten. Seit Wiedereröffnung boomt das Bulmare wie eh und je. Die Mitarbeiter leisten hervorragende Arbeit, ebenso die Mitarbeiter der Stadtwerke mit Friedrich Gluth an der

Spitze. Dies ist mit einem enormen Aufwand verbunden, insbesondere der Bauhof erfordert hohen finanziellen Aufwand. Auch das hat der Bürgermeister schon erwähnt. Ich möchte an dieser Stelle ausdrücklich den Menschen danken, die für die Stadtwerke und die Bulmare GmbH arbeiten. Wir sind so daran gewöhnt, dass unsere Städte sauber sind, dass wir vielleicht manchmal vergessen, dass ehrenwerte Arbeit dahinter steckt und eben ein Arbeiter, der den Dreck wegräumt. Dafür an die Männer im orangen Anzug an dieser Stelle ein herzliches Dankeschön.

Wir stehen zu den Stadtwerken, wir stehen zum Bulmare. Wir sind nicht blind für die Probleme und Aufgaben, die in unseren Tochterunternehmen zu bewältigen sind.

Aber wir wollen Zukunftslösungen und keine Vergangenheitseuphorie a la BWG und keine Vergangenheitshysterie a la CSU.

Wir fordern deswegen eine Erhöhung der Kapitaleinlage an die Stadtwerke von 2.900.000,00 EUR auf 3.500.000,00 EUR. Dies soll als auch klares Zeichen gegen die Politik des Bürgermeisters verstanden werden. Hier haben Sie sich wahrlich nicht mit Ruhm bekleckert. Sie arbeiten mit der Brechstange auf eine Insolvenz der Bulmare GmbH hin - es ist dies ein Teil der rückwärtsgewandten CSU-Politik in Burglengenfeld. Ohne Rücksicht auf Stadtrat, Gemeinde- und Geschäftsordnung agieren sie hier wenig souverän und kämpfen den Kampf der Vergangenheit. Wir jedenfalls denken an die Zukunft. Bis 2018 muss ein Betrag von 4,5 Millionen EUR bei der Bulmare GmbH angespart sein. Wir arbeiten daraufhin.

4.4. Ansparsumme Drehleiter Feuerwehr Burglengenfeld

Ein weiteres Projekt, auf das wir Wert legen, ist die Ansparsumme für die Drehleiter der Feuerwehr. Wir haben diese Maßnahme im letzten Jahr zurückgestellt, um heuer einen entsprechend höheren Betrag einzustellen. Wir wollen Wort halten und die Ansparsumme auf 350.000,00 EUR erhöhen. Wir peilen eine Finanzierung in den nächsten drei Jahren an. Ich möchte an dieser Stelle ausdrücklich betonen, dass ich dies bereits in meiner Haushaltsrede 2015 angekündigt habe. So sieht ehrliche und transparente Politik aus, Herr Bürgermeister.

5. Finanzierung

Wie wollen wir unsere Vorstellungen finanzieren?

Für uns ist es selbstverständlich, dass wir nicht nur fordern, sondern auch ganz konkret sagen, wo wir sparen möchten. Das ist ein Gebot der Seriosität.

Deswegen ist unser Vorschlag auf Heller und Cent durchgerechnet. Die zusätzlichen Ausgaben sind durch Einsparungen zu 100% gedeckt.

Markanteste Punkte unserer Einsparvorschläge sind diverse Straßensanierungen: wir haben alle Straßen, auf die sich unsere Einsparvorschläge richten, abgefahren und sind der Überzeugung, dass die Sanierungen der

Auenstraße zu	20.000,00 EUR
Sudetenstraße zu	30.000,00 EUR
GVS Loisnitz zu	55.000,00 EUR
GVS Englhof/Eichlhof zu	115.000,00 EUR
GVS Mauthof zu	15.000,00 EUR

mindestens auf nächstes Jahr verschoben werden kann, ohne dass für die Bürger ein Nachteil entstehen wird bzw. die Straßen größere Schäden durch den Aufschub erleiden würden. Wir erkennen den Reparaturbedarf dieser Straße durchaus an. In der Gesamtabwägung müssen Sie in diesem Jahr weichen. Soweit möglich, wollen wir dieses schon nächste Jahr realisieren - dies auch als klares Signal an die Bürger im Umland deren Straßen zu Teil von uns eingespart werden. Es werden ohnehin viele Straßenreparaturen in diesem Haushaltsjahr angegangen. Auch hier gilt es aber, kühlen Kopf und klares Augenmaß zu behalten. Der Unterhalt des Wegenetzes gehört zu den klassischen öffentlichen Aufgaben. Wer sich die Mühe macht und unsere Straßen mit denen anderer Kommunen vergleicht, der wird insgesamt feststellen, dass unsere Straßen in einem guten Zustand sind. Ausnahmen - siehe Pfälzer Straße - gibt es natürlich auch in Burglengenfeld. Hier muss mit Augenmaß gehandelt werden: einerseits Erfüllung der kommunalen Aufgabe, andererseits dürfen wir uns aber nicht auf Teufel komm raus die finanziellen Spielräume unnötig eindämmen. Dies ist eine Frage der nüchternen Abwägung, nicht eine solche von richtig oder falsch. Der Vorwurf "Kaputte Straßen, astronomische Wasserpreise, eine vernachlässigte Infrastruktur, und trotzdem ein riesiger Schuldenberg" - so steht es auf der Homepage des Bürgerforums Burglengenfeld - ist falsch und greift viel zu kurz. Um es auf den Punkt zu bringen:

Unsere Straßen sind insgesamt gesehen in einem guten Zustand.

Dass es bei einigen Straßen akuten Handlungsbedarf gibt, steht außer Zweifel. Dass dabei auch umlagepflichtige Maßnahmen umgesetzt werden müssen, das gibt das Kommunalabgabengesetz (aus Sicht der betroffenen Bürger leider) vor.

Schlussbemerkung

Ich habe es ausführlich dargestellt: Burglengenfeld steht im Vergleich mit anderen Kommunen hervorragend da. Wir Sozialdemokraten werden diesen Kurs immer in den Fokus unserer Kommunalpolitik rücken. Wir schauen nach vorne. Schauen Sie mit uns und stimmen Sie unseren Vorschlägen zu. Damit Burglengenfeld auch weiterhin eine gute Zukunft hat. Es ist weiß Gott nicht so, dass alles glänzt, was golden ist. Das wissen wir. Keiner von uns ist perfekt und bringt immer die besten Vorschläge. Wir nehmen als SPD für uns aber schon in Anspruch, dass wir als größte Fraktion und führende politische Kraft diese Gemeinde weiterhin aktiv in eine gute Zukunft führen möchten.

Ich bedanke mich zum Schluss bei der Kämmerei mit Elke Frieser an der Spitze für ihre Vorbereitungen auf die heutige Sitzung. Ich bitte um Nachsicht, dass wir unseren endgültigen Antrag erst gestern um die Mittagszeit eingereicht haben. Es haben sich nur die Zahlen etwas verändert, das Grundgerüst ist gleich geblieben.

Unsere Botschaft lautet: Zukunft wagen!

Vielen Dank

Bürgermeister Thomas Gesche: „Es ist wie in der Politik wie im wahren Leben. Ich kann manche Ihrer Ansichten teilen manche auch nicht. Ich habe nicht vor jeden Haushaltsvortrag hier zu teilen oder zu kommentieren, das werde ich nicht tun. Aber, eine Aussage sei dennoch richtiggestellt. Keiner steht mehr zum Bad als ich das tue und deswegen diese i-Wort hier wieder aufzugreifen finde ich nicht zielführend. Eins sei erwähnt: die Baumängel waren seit 2006 bekannt, sie wurden bis ins Jahr 2014 verschleppt. Erst als ich dies öffentlich machte, konnte die Sanierung endlich durchgeführt werden. Das war der erste wichtige Baustein für den Erhalt der Bulmare und der zweite Baustein ist eine solide Finanzierung. Man hat es seit 2005 bis 2015 nicht geschafft bei 26 Mio. € Verbindlichkeiten auch nur einen Cent zu tilgen. Diese Politik werde ich nicht weitergehen, ich werde für eine solide und neue Finanzierung des Bades sorgen mit dem Stadtrat oder gegebenenfalls auch auf anderen Wegen. Danke“.

Haushaltsrede von Stadtrat Thomas Hofmann CSU-Fraktion zum städtischen Haushalt 2016

Sehr geehrter Herr Erster Bürgermeister Gesche,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen des Stadtrates,

obwohl die Gemeindeordnung verlangt, dass der Haushalt zu Beginn des Haushaltsjahres „stehen“ sollte, ist es in den meisten Kommunen des Freistaates üblich, diesen im 1. Halbjahr des aktuellen Haushaltsjahres zu verabschieden.

Dass in Burglengenfeld - bereits jetzt, Anfang März - der Haushalt für 2016 verabschiedet werden soll, ist schon bemerkenswert, zumal die Stadt, der Erste Bürgermeister und damit auch die Verwaltung, durchaus immer noch nicht zur Ruhe gekommen sind. Das letzte bedauerliche „Ereignis“, die Verteilung von Fotomontagen, welche unseren ersten Bürgermeister als Adolf Hitler darstellen, war hier zugleich auch die widerlichste Art und Weise, wie man einen demokratisch gewählten Politiker verunglimpfen kann. Wir möchten die Haushaltsrede auch dazu nutzen, um den anderen Fraktionen für die gemeinsame Verurteilung dieser Schandtat zu danken.

Zurück zum Thema. Der Haushaltsentwurf, den die Verwaltung dem Stadtrat vorgelegt hat, lässt hoffen auf ein gutes Jahr 2016 und ist den Umständen geschuldet, ein guter Entwurf. Diesem kann man, wenn man politische Spielerein außer Acht lässt, vollumfänglich zustimmen.

Die Stadt Burglengenfeld hat in den letzten 20 Jahren, inklusive Tochterunternehmen, einen Schuldenstand von ca. 60 Mio. € angehäuft. Das ist in Bayern einmalig. Trotz der unpopulären Erhöhung der Grundsteuer und der Gewerbesteuer im letzten Jahr und anderer erfreulich steigender Steuereinnahmen wie z. B. die Beteiligung an der Einkommenssteuer, ist es auch 2015 nicht gelungen, den hohen Schuldenstand, der uns von der früheren SPD- und BWG-Regierung hinterlassen worden ist, nennenswert zu verkleinern.

Maßgeblich dafür verantwortlich sind hierbei die Überschuldung des BULMARE-Bades und der damit verbundene Schweizer Franken-Kredit. Darüber wurde in den letzten Monaten allerdings genug gesprochen, sodass wir heute, wo es um die Verabschiedung des Haushaltes der Stadt geht, nicht unbedingt näher darauf eingehen müssen. Nur so viel dazu: Wir von der CSU kämpfen nach wie vor um eine Lösung dieses Problems. Wir wollen raus aus der „Schweizer Franken-Falle“, weil diese unseligen Kredite uns jedes Jahr einen hohen Schaden zufügen - seit dem Jahr 2009 einen Schaden von annähernd 10 Mio. €. Leider wird von verschiedenen Seiten mit allen Mitteln versucht, den Ausstieg aus den Schweizer Franken-Krediten zu verhindern.

Wundern muss man sich, dass manche Kommunalpolitiker, wohl der Meinung sind, die Stadt Burglengenfeld schwimme im Geld, nur weil dieses Jahr die Gewerbesteuer

er aufgrund einer Nachzahlung erfreulich hoch ausfällt. Das ändert aber nichts an der längerfristigen Finanzmisere. Wir sind und bleiben - ganz sicher noch für geraume Zeit - hochverschuldet. Steigen beispielsweise die Zinssätze nur um 1 bis 2 Prozent, dann stehen die Stadt und die städtischen Töchter vor der Situation, dass schon die Zinslast alleine ein Problem darstellt und an Tilgung nicht mehr zu denken ist.

Das Gebot der Stunde heißt daher für uns: Wir müssen jetzt tilgen und den Schuldenberg abtragen - und gleichzeitig dafür sorgen, dass die Infrastruktur nicht verfällt, weil Generalsanierungen sehr teuer sind -siehe Brücke in Dietldorf.

Wir wollen Generationengerechtigkeit und das heißt für uns, jede Generation darf nur so viel Geld ausgeben, wie sie selbst erwirtschaftet. Leider sind wir damit etwas spät dran, weil das Geld bereits vor Jahren ausgegeben wurde und uns nun die unliebsame Aufgabe bleibt, die Schulden abzutragen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD - erlaubt, dass ich euch direkt anspreche - ihr habt euch vor zwei Jahren neu ausgerichtet, um mit uns zusammen die große Aufgabe anzugehen: Runter von den Schulden und trotzdem die Attraktivität der Stadt erhalten! Das war mutig, das ehrt euch.

Ich denke, mit dem von der Verwaltung vorgelegten Haushaltplan 2016 wären wir dabei auch auf einem sehr guten Weg. Dass wir aber - wie von euch vorgeschlagen - die Rücklagen fast vollständig aufbrauchen sollen und 600.000 € zusätzlich auf ein Sparkonto der BULMARE legen sollen, das ergibt für uns keinen Sinn.

Wenn wir am Ende des Jahres wirklich Geld übrig haben sollten, dann wäre es doch sehr viel besser, Sondertilgungen zu tätigen, bei Krediten für die wir derzeit 3% oder 4% Zinsen bezahlen müssen, statt das schöne Geld auf ein Sparbuch mit 0,1 % Guthabenzinsen zu legen.

Unsere herzliche Bitte an euch: Denkt nochmals ganz scharf darüber nach, ob der Verwaltungsvorschlag wirtschaftlich nicht doch der bessere ist.

Den Anträgen der BWG zum Haushalt 2016 konnten und können wir nicht zustimmen. Bestimmte Eckdaten des Haushalts, z.B. der Ansatz für die zu erwartende Gewerbesteuer, beruhen auf Berechnungen die man nicht einfach ignorieren kann.

Was mit diesen Vorschlägen erreicht werden soll, ist leicht zu durchschauen. Die Stadt soll bewusst gegen die Wand gefahren werden, damit man dann sagen kann, der Bürgermeister und die CSU können es nicht. Für uns zeigt jedoch der Antrag der BWG sehr deutlich wer es nicht kann oder vielleicht auch nicht können will.

Die Anträge der SPD sind für uns im Ansatz durchaus nachvollziehbar. Die Erhöhung der Ansparung für die Drehleiter der FFW und auch die höhere Kapitaleinlage für die Stadtwerke spiegeln unsere Vorgaben aus dem letzten Jahr wieder.

Grundsätzlich könnte man also zustimmen. ABER: Wo nimmt die SPD das Geld dafür her? Streichung von Straßenbau-Maßnahmen im Umland, das geht gar nicht. Auch die Plünderung der Rücklagen, ist für uns nicht akzeptabel.

Was ist denn das für ein Finanzierungsvorschlag? Rücklagen (gemeint ist das Sparbuch BULMARE) werden durch Entnahmen aus anderen städtischen Rücklagen aufgebaut.

Das ist das Spiel von früher: „linke Tasche - rechte Tasche“. Damit ist nichts gewonnen, so kommt man nicht weiter.

Bei allem Verständnis, dass die SPD ein Zeichen setzen möchte - wir können aber Realpolitik nicht durch Symbolpolitik ersetzen. Wir können diesen SPD-Anträgen nicht zustimmen. Wir sind aber flexibel und hoffen, dass ihr es auch seid.

Zu den Anträgen des Bürgerforums ist zu sagen: Sehr sozial und grundsätzlich wünschenswert - aber nicht zwingend notwendig und mit Kosten verbunden. Die Ansichten dazu, ob wir uns das leisten sollten, gehen auch in unserer Fraktion auseinander.

Wir, die CSU-Fraktion, sehen in dem vorliegenden Haushaltsentwurf einen grundsoliden Plan für das Haushaltsjahr 2016, der für strikte Sparsamkeit aber auch für eine zielstrebige Weiterentwicklung unserer Stadt steht.

Wir werden diesem Plan zustimmen und werben hiermit auch bei Ihnen allen um Zustimmung zum Wohle dieser Stadt.

Abschließend möchten wir den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kämmerei, insbesondere der Kämmerin Frau Frieser, für die Erstellung des umfangreichen und aussagekräftigen Zahlenwerkes danken.

Wir danken ebenfalls allen Mitarbeitern des Rathauses.

Den Bürgerinnen und Bürgern unserer Stadt versichern wir, dass mit ihrem Geld sparsam umgegangen wird und dass wir nach bestem Wissen und Gewissen alles tun werden, um unsere schöne Stadt auch für die nächste Generation lebenswert zu erhalten.

Danke.

Haushaltsrede von Stadtrat Albin Schreiner BWG-Fraktion zum städtischen Haushalt 2016

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
geschätzte Kolleginnen und Kollegen!

„Ich bitte um wörtliche Protokollierung. Sie bekommen danach von mir das Manuskript“.

Die Konjunktur in Deutschland boomt. Bund, Länder und auch Kommunen profitieren von Steuereinnahmen in Rekordhöhe und können nach vielen Jahren, in denen nur Defizite ausgewiesen wurden, wieder Haushaltsüberschüsse erwirtschaften.

In unserer Stadt konnten erfreulicherweise immer Haushaltsüberschüsse ausgewiesen werden, in keinem Jahr gab es Defizite. Darüber hinaus zeigt sich, dass die von Ihrem Vorgänger, Herr Bürgermeister, vorgenommenen Weichenstellungen absolut richtig waren. Ein Blick auf die Entwicklung der Einkommensteuer macht dies deutlich. Betrug die Einkommensteuer zu Beginn des neuen Jahrtausends rd. 3 Mio. Euro, so hat sich dieser Einnahmeposten zwischenzeitlich verdoppelt. Ein Beleg dafür, dass die Baulandpolitik und die damit verbundene positive Einwohnerentwicklung um rd. 20 Prozent seit 1990 ein Volltreffer waren. Im Vorbericht zum Haushalt auf Seite 13 stimmt die Kämmerin dieser Beurteilung auch ausdrücklich zu.

Erwähnenswert ist auch, dass der städtische Haushalt seit 2008 - ich wiederhole, schon seit 2008 - aufgrund der guten Eckdaten nicht einmal mehr der Genehmigung durch die Rechtsaufsicht bedarf. Das ist der beste Beweis für die Solidität der von Ihnen, Herr Bürgermeister, übernommenen städtischen Finanzen.

Trotz dieser unzweifelhaft guten Rahmenbedingungen stimmt die BWG-Fraktion dem vorliegenden Zahlenwerk nicht zu. Folgende Gründe lassen uns keine andere Wahl und sind für uns entscheidend, den Haushalt abzulehnen:

1. Punkt: Drastische Erhöhung der Grund- und Gewerbesteuer

Im Haushalt 2015 beschlossenen Steuererhöhungen zulasten unserer Bürger und Gewerbetreibenden sind aus finanzpolitischen Gesichtspunkten nicht vertretbar. Obwohl die Stadt alljährlich stets Überschüsse in Millionenhöhe ausweisen konnte, werden die Bürger zur Kasse gebeten. Die Rechnungsergebnisse 2014 und 2015 belegen, dass die Steuererhöhungen nicht gerechtfertigt sind und keine finanzpolitischen Gründe, sondern ausschließlich politische Gründe ausschlaggebend waren für die Steuererhöhungen.

Der Grund liegt auf der Hand: Man möchte der Bevölkerung den Eindruck vermitteln als wären die Finanzen der Stadt desolat. Das Gegenteil ist richtig wie ein Blick auf die Rechnungsergebnisse zeigt. Der Überschuss 2014 betrug 4,7 Mio. € und 2015 sage und schreibe 5 Mio. € - in jedem Jahr also weitaus mehr als eine Million über dem Haushaltsentwurf! Und ich sage ganz bewusst Überschuss, Herr Bürgermeister, auch wenn Sie sich gegen die Bezeichnung mit Händen und Füßen wehren, aber erklären Sie mir bitte warum die Kämmerei im Vorbericht auf Seite sieben auch von Überschuss spricht, wenn es angeblich falsch ist. Lesen Sie es bitte nach auf Seite

sieben des Vorberichtes.

Interessant ist auch die Tatsache, dass zwischenzeitlich Haushaltsausgabereste von 1,5 Mio. € entstanden sind. Was heißt das?

Die Verwaltung ist schlicht nicht in der Lage, die im Haushalt bereitgestellten Gelder für Investitionen auszugeben. Wir von der BWG sind überzeugt: Auch 2016 bleibt es nicht beim veranschlagten Überschuss von 4,9 Mio. €. Dieser Betrag wird locker die Rekordsumme von 5 Mio. € überschreiten vorausgesetzt die Gelder werden nicht kurzfristig anderweitig verausgabt.

Für die BWG-Fraktion ist es ein Gebot der Fairness, ja des politischen Anstandes gegenüber unseren Bürgern und Gewerbetreibenden, die beschlossenen Steuererhöhungen zurückzunehmen. Die Politik zulasten der Bürger ist nicht gerechtfertigt und muss ein Ende haben.

2. Punkt: Erhöhung der Personalkosten um rd. 1 Mio. €

Dramatisch waren aber nicht nur die Steuererhöhungen, sondern leider auch die Erhöhung der Personalkosten um 700.000 € seit 2014. Eine Erhöhung der Personalkosten um 21 Prozent innerhalb von zwei Jahren, das ist ein landesweit wohl einmaliger Negativrekord. Und das, obwohl die Serviceleistungen im Rathaus deutlich zurückgefahren wurden, wie man schon an den Öffnungszeiten ablesen kann.

Wenn man die Personalkostenerhöhungen bei den städtischen Tochterunternehmen hinzunimmt und mit einbezieht, wird die Millionengrenze überschritten.

In Zeiten steigender Steuereinnahmen mag das verkraftbar sein, aber in schwächeren Haushaltsjahren, die nicht ausbleiben werden, sind derartige Personalkostenerhöhungen nur schwer verkraftbar bzw. fehlen dann bei den notwendigen Investitionen.

3. Punkt: Keine Visionen für die Zukunft

Im Haushaltsentwurf sind zwar eine Vielzahl von kleineren und mittleren Projekten aufgezählt, vergeblich suchen wir aber, und da bin ich durchaus einer Meinung mit der SPD, Haushaltsansätze für die Lösung von Zukunftsaufgaben. Die Attraktivität, die Dynamik, die Lebensqualität einer Stadt zeigt sich vor allem darin, wie mit Zukunftsaufgaben umgegangen wird. Dazu gehören für uns die Umsetzung des vorliegenden Konzeptes für die Sanierung des Pfarrheimes St. Michael, es ist alles in Ihren Schubladen vorhanden, ein zukunftsweisendes Konzept für die Bebauung des Areals der ehemaligen Baufirma Weiß, aber auch Projekte wie beispielsweise die Auslagerung des TV.

4. Punkt: Mangelhafte Amtsführung

Bei Ihrem Amtsantritt haben Sie, Herr Bürgermeister, mehr Miteinander, mehr Menschlichkeit, mehr Demokratie und mehr Transparenz angekündigt.

Von diesen Ankündigungen ist nach zwei Jahren nichts, aber auch gar nichts zu sehen oder zu bemerken. Unsere diesbezügliche Kritik teilt inzwischen ja auch die SPD-Fraktion, wenn ich den offenen Brief richtig verstehe, der an alle Haushaltungen

verteilt wurde.

Es gab noch keinen Bürgermeister in der Geschichte unserer Stadt, der in zwei Jahren so oft die Gerichte und die Staatsanwaltschaft bemüht hat und ein inzwischen unüberschaubares Heer von Juristen und externen Beratern beschäftigt. Strafanzeigen gegen Unbekannt wobei immer jeder weiß wer gemeint ist sind dabei ihre besondere Stärke. Unrühmlich ist auch, dass Sie Stammgast vor den Gerichten in Arbeitssachen mittlerweile sind, weil Mitarbeiter gegen Ihre Vorgehensweisen in Personalangelegenheiten erfolgreich prozessieren. Damit nicht aber genug. Streitigkeiten über überflüssige Gutachten - Stichwort KPMG- und Ausstattungsgarantie für das Bulmare - führen dazu, dass die Anwalts- und Beratungskosten schwindelerregende Höhen erreicht haben. Ich weiß nicht, was die anderen Fraktionen darüber denken, für die BWG ist jedenfalls nicht hinnehmbar, dass Sie ohne Beschluss eines Gremiums - so wie geschehen - unnötige Gutachten in Auftrag geben und mit der Insolvenz der Bulmare-GmbH spekulieren. Mit Seriosität hat all das nichts zu tun, es führt aber zu einem fürchterlichen Image- und Vertrauensschaden bei den Banken, den die Stadt womöglich noch einmal bitter bereuen wird. Es ist schön, dass dies zwischenzeitlich auch die SPD erkannt hat.

Eine Belastung für das Klima im Stadtrat ist auch die Ausgrenzung unserer Fraktion in der Stadtratsarbeit und nicht zuletzt die Tatsache, dass Sie nicht davor zurückschrecken, im Stadtrat die Unwahrheit zu sagen. Haben Sie heute vor wenigen Minuten erst wieder, wenn Sie behauptet haben, dass die Baumängel am Bulmare bis 2000 verschleppt wurden. Klar unrichtig. Ein unglaublicher Vorgang, der selbst die Rechtsaufsicht schon veranlasst hat, für eine Richtigstellung zu sorgen.

Zu guter Letzt. Nicht akzeptabel ist für uns die Tatsache, dass das Ergebnis der vom Büro Rödl und Partner aus Nürnberg durchgeführten Vermögensbewertung im Rathaus unter Verschluss bleibt.

Der Passivseite einer Bilanz steht bekanntlich immer auch eine Aktivseite gegenüber. Für Investitionen der Stadt und der Tochterunternehmen wurden im Zeitraum von 1990-2014, rd. 200 Mio. € aufgewendet. Drei Viertel der Investitionen wurden aus Eigenmitteln bezahlt und nur ein Viertel der Investitionen wurde über Verbindlichkeiten finanziert.

Für die Vermögensbewertung, die seit 2013 vorliegt, wurden an Rödl und Partner in Nürnberg bisher weit mehr als 50. 000 € bezahlt. Transparenz und Fairness hätten es erfordert, die Ergebnisse der Vermögensbewertung der KPMG in München bei der Erstellung des „sogenannten Kassensturzes“ zur Verfügung zu stellen. Aber die Aktivseite hat Sie und die KPMG ja auch nie interessiert. Was das Schlimmste ist: Die Zahlen aus dem Jahre 2013 müssen nun erneut mit großem finanziellen Aufwand fortgeschrieben werden.

Unserer Kenntnis nach beträgt das Aktivvermögen der Stadt rd. 40 Mio. € und das der Tochterunternehmen insgesamt rd. 45 Mio. €. Diese zusammen 85 Mio. € sind der steuerliche Buchwert - der wahre Wert des Vermögens liegt weit über 100 Mio. €. Zum einen ist aus steuerlichen Gründen eine Vielzahl von Vermögenswerten nur mit hohen Abschlägen erfasst, zum anderen schlagen die jährlichen Abschreibungen zu Buche. Und noch ein Aspekt ist wichtig. Bei der Bewertung wurde das Vermögen von Rödl und Partner aus Gründen der späteren Bilanzsicherheit immer so gering wie

möglich bewertet.

Die Vorgänge um die Vermögensbewertung sind bezeichnend dafür, dass es Ihrer Politik Herr Bürgermeister entgegen Ihrer Aussagen und Beteuerungen - ganz gewaltig an Offenheit, Ehrlichkeit und Transparenz mangelt.

5. und letzter Punkt: Eine Zukunftsvorsorge ist in Ihren Haushaltsentwurf leider völlige Fehlanzeige wie bereits eingangs angesprochen, sprudeln aufgrund der guten Rahmenbedingungen bundesweit die Steuereinnahmen. Auch bei uns in Burglenfeld. Wir alle freuen uns darüber, sollten aber nicht vergessen, dass auch wieder schlechtere Haushaltsjahre möglich sind, wenn der konjunkturelle Aufschwung abflacht.

Wir kritisieren deshalb, dass in diesen guten Zeiten für die Zukunft keine Vorsorge getroffen wird und keine Rücklagen gebildet werden. Wenn nicht in guten Zeiten, wann werden wir dann wieder Rücklagen bilden, fragen wir uns? Ich darf daran erinnern, dass der Rücklagenbetrag bei Ihrem Amtsantritt Herr Bürgermeister immerhin 955.000 € betrug, am Ende dieses Haushaltsjahres werden es nach Angaben der Kämmerei im Vorbericht nur noch 338.000 € sein.

Wir fordern deshalb beim Thema Rücklagen dringend gegenzusteuern und für die Zukunft vorzusorgen.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

werte Kolleginnen und Kollegen,

die BWG-Fraktion hat sich intensiv mit dem Haushaltsentwurf 2016 beschäftigt und hat mit einem eigenen Entwurf deutlich gemacht, dass ein ausgeglichener Haushalt auch mit einer Rücknahme der Steuererhöhungen problemlos möglich ist.

Aus den dargelegten Gründen - Ablehnung der Rücknahme der Steuererhöhungen, dramatische Erhöhung der Personalkosten, fehlende Ansätze für die Lösung von Zukunftsaufgaben, mangelhafte Amtsführung und fehlende Zukunftsvorsorge - werden wir daher für unseren Antrag stimmen und gegen die anderen Haushaltsanträge.

Vielen Dank.

Bürgermeister Thomas Gesche: „Vielen Dank Herr Schreiner. Da gäbe es jetzt eine Menge dazu zu sagen aber ich glaube, auf Ihre erfolgreiche Prozessen, da kommen wir noch ganz automatisch darauf. Vielleicht hat Ihnen Ihr sehr geschätzter Herr Vater nicht gesagt, wie der gestrige Prozess, übrigens von einem BWG-Mitglied angestoßen, ausgegangen ist. Wie gesagt, wir kommen noch darauf zu sprechen ansonsten glaube ich, das ein demokratisches Gremium, wie unser Stadtrat auch Ihre Meinung verträgt.“

Haushaltsrede von Stadtrat Andreas Beer FWL-Fraktion zum städtischen Haushalt 2016

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Stadtratskolleginnen- und Kollegen,
sehr geehrte Damen und Herren der Verwaltung,

wir von den FWL möchten uns zuallererst bei der Verwaltung, allen voran bei der Kämmerin Frau Frieser bedanken, für den präzisen, soliden und übersichtlichen Haushaltsentwurf 2016.

Was wir sehr positiv zur Kenntnis nehmen ist, dass der Investitionsanteil des Vermögenshaushalts über 55% bzw. 4,56 Millionen beträgt und dabei auch schon etliche notwendige Baumaßnahmen im Umland vorgesehen sind.

Deshalb haben wir von den FWL auch keinen extra Haushaltsentwurf abgegeben, sondern schon im Vorfeld, auf Drängen der Ortssprecher und der FWL-Stadträte in einer eigenen Runde mit dem Bürgermeister und der Verwaltung unsere Anliegen von den ehemaligen Umlandgemeinden eingebracht.

Was aber noch mit Nachdruck vorangetrieben werden sollte, ist der Breitbandausbau im Umland. Man wurde schon mehrere Jahre vertröstet, dass der Ausbau schnellstens erfolgen sollte, aber dahingehend lahm es noch gewaltig. Wir hoffen, dass mit einem baldigen Baubeginn in diesem Jahr noch zu rechnen ist.

Was wir auch schon letztes Jahr forderten, ist, dass die Kapitaleinlage an die Stadtwerke mindestens 3 Millionen betragen sollte. Dieses Jahr liegt sie zwar schon bei 2,9 Millionen, aber es wäre wünschenswert, auf 3 Millionen Euro zu kommen, um auch den Stadtwerken und der Bulmare die Möglichkeit zu geben, sinnvoll zu wirtschaften gegebenenfalls Ansparungen tätigen zu können.

Auch zur Ansparung der Drehleiter möchte ich noch anmerken, dass Sie, Herr Bürgermeister, Ihre beiden Kolleginnen aus Teublitz und Maxhütte bei diesem Projekt mit ins Boot holen sollten, da nämlich bei einem solchen überörtlichen Feuerwehrfahrzeug auch diese Städte einen Anteil leisten sollten.

Zur Finanzsituation sei von unserer Seite her gesagt, dass wir es als äußerst sinnvoll sehen, einen längerfristigen Schuldentilgungsplan für die Stadt und ihre Töchter zu erstellen. Wir sollten uns deshalb aber auch vor Augen führen, mit den Finanzen der Stadt noch sparsamer zu haushalten.

Zum Schluss möchte ich noch auf das Klima in unserem Stadtratsgremium zu sprechen kommen. Es sollte wieder viel mehr miteinander als gegeneinander zum Wohle unserer Stadt gearbeitet werden. Auch sollten manche Stadträte ihre Vergangenheits-Phobie endlich ablegen und nach vorne blicken. Auch die Alleingänge unseres Bürgermeisters hinsichtlich Gutachten sollten künftig unterlassen werden und hoffen auf die von ihm viel gepriesene Offenheit und Transparenz für die Zukunft.

Die FWL werden dem Haushaltsvorschlag der Verwaltung zustimmen.

Haushaltsrede von Stadtrat Hans Glatz BfB-Fraktion zum städtischen Haushalt 2016

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Gesche,
 liebe Stadtratskolleginnen und -kollegen,

Zunächst eine Vorbemerkung:

vor dem Hintergrund der wirren Angriffe eines kranken Geistes auf Bürgermeister Thomas Gesche dürfen wir für die BFB-Fraktion betonen, dass die politische Auseinandersetzung trotz aller Querelen im Burglengenfelder Stadtrat die vergangenen zwei Jahre grundlegend positiver geworden ist.

Ich weiß wovon ich spreche und der eine oder andere Kollege von der SPD wird den Umgang des vormaligen Bürgermeisters mit diesem Organ und seinen Mitgliedern auch noch in Erinnerung haben, soweit er seine Festplatte nicht so wie der Exbürgermeister gelöscht hat.

Gerade deshalb ist es uns ein Anliegen, dass nicht jenseits einer sachlich geführten Diskussion über Kollegen hergezogen wird und Andersdenkende persönlich angegriffen und ausgegrenzt werden. Wir haben es lange genug mitgemacht.

Und nochmals! Gerade die offene Diskussionskultur im Gremium empfinden wir vom BFB nach vierundzwanzig Jahren der völligen Ausgrenzung und Ignoranz sehr befreiend. Wobei, und das will ich auch klar herausstellen wir nicht immer mit allem was hier läuft einverstanden sind. Die BFB-Fraktion trifft ihre Entscheidung nicht unter dem Blickwinkel woher ein Antrag kommt, sondern wie sinnvoll er uns für Burglengenfeld und seine Bürger erscheint. Und darauf hoffen wir auch bei unseren Kollegen, nicht nur für diese Haushaltsabstimmung.

2

In der Tat sehen wir im Zahlenwerk, das uns heute vorliegt die schwierige Aufgabe nach Jahren der Verschleierung und des Wegschiebens unangenehmer Entscheidungen den ernstgemeinten Versuch, einen neuen Kurs einzuschlagen zu mehr Transparenz und mehr Ehrlichkeit im Umgang mit dem Bürger.

Aber und auch das ist unsere klare Ansage: Noch immer gibt die Stadt unverhältnismäßig viel Geld für freiwillige Leistungen aus, während Pflichtaufgaben sträflich zu Lasten der Bürger vernachlässigt werden. Und das angesichts eines Schuldenbergs von 62 Millionen Euro,

Im Wunsch-Katalog der SPD- und verstärkt der BWG-Fraktion sind Wohltaten für die Bürger aufgelistet, die zwar möglicherweise Wählerstimmen bringen sollen, aber am Ende doch wieder zu Lasten der Gemeinschaft gehen. Auch der vorgelegte Entwurf der Verwaltung ist hiervon nicht frei. Oder ist es eine Pflichtaufgabe, dass der Bürgermeister Jahr für Jahr ab Oktober Demographie bedingt hunderte von Weihnachtspäckchen ausfährt. Ist die Bedürftigkeit bei den Burglengenfelder Senioren wirklich so groß, dass sie auf milde Gaben aus dem Rathaus oder SWB angewiesen sind. Eher handelt es sich hier wohl um Mitnahmeeffekte.

Genauso stellt sich die Frage, ob es notwendig ist, dass die Stadt Senioren- und Kinderfeste selbst organisiert. Haben das nicht früher unsere Vereine in vielfältiger ehrenamtlicher Arbeit selbst gestaltet, sich damit bei den Bürgern in Erinnerung ge-

bracht, und intern den Zusammenhalt gefördert.

Gerade dieses Bürgerengagement wurde in den vergangenen 24 Jahren, aus unserer Sicht, systematisch zurückgedrängt, weil alles was nicht aus dem Rathaus kam und nicht von dort gesteuert werden konnte des Teufels war. Eine Fehlentwicklung unserer Stadt die wir selbstbewusst zurückbauen sollten. Nicht nur aus Gründen der Sparsamkeit, sondern weil es unserer Gesellschaft gut tut. Unser BFB plädiert dafür, sich dort nicht einmischen wo Eigeninitiative und Bürgersinn sich entfalten können. Aber umgekehrt dort ranzuklotzen, wo der Einzelne überfordert ist. Ob dazu der Betrieb eines Bürgertreffs notwendig ist, das im Zweifel Cafés und Gaststätten als Begegnungsstätten Konkurrenz macht und quasi zu einer städtisch verordneten Besspassung rund um die Uhr dementsprechend Personal braucht, ist aus unserer Sicht fraglich. Deshalb haben wir auch den ersten Punkt (Top zwei) hier, der Personalkostenenerweiterung, nicht zustimmen können.

3

Die Haushaltskonsolidierung muss nach vierundzwanzigjähriger Wunsch-dir-was-Politik vorangetrieben werden. Damit der Neuanfang gelingt bedarf es dreier Voraussetzungen:

Wahrheit , Klarheit und der Sparsamkeit.

Wir tragen Verantwortung nicht nur für das, was hier angerichtet wurde und woran sich Gutachter und Staatsanwaltschaft seit dem "Regierungswechsel" die Zähne ausbeißen.

Wir gestalten hier die Zukunft der nächsten und auch der übernächsten Generation, zumindest was die angehäuften Schulden und die in der Ära Karg geschaffene unkontrollierte und unkontrollierbare Bürokratie angeht.

Ein "Weiter So!" ist unmöglich, wenn wir das Ziel einer nachhaltigen Konsolidierung erreichen wollen.

Wenn ich mir die Haushaltsvorschläge der SPD unter diesem Aspekt betrachte, erscheint der Ansatz in Einzelpunkten gerade im Ökologie-Bereich wie die Förderung von Elektrofahrzeugen oder der Ausbau der regenerativen Energie nach Jahren der pauschalen Ablehnung aller BFB-Vorschläge in der Ära Karg dazu (vgl.-Rede vom 18.02.2000 Ziff.3 auf S.5) zwar grundsätzlich positiv. Aber bedauerlich kommen sie mit einer Verzögerung von zwanzig Jahren und unter der Last eines riesigen Schuldenberges, der vorrangig abzubauen ist.

Dazu trägt mit Sicherheit nicht bei 3,5 Millionen Euro, das sind vierzig Prozent des aktuellen Vermögens- und damit Investitions-HH ohne jedes Konzept und Kontrolle zu den Stadtwerken und weiter zur Bulmare GmbH rüberzuschieben, nur um die Gläubigerbanken mit den Zinsen für ein Projekt zu füttern, für das zu keinem Zeitpunkt eine solide Finanzierung bestanden hat. Das wissen wir auch aus den inzwischen aufgetauchten Protokollen wann das Bad eröffnet wurde und wann hier dann das erste Mal die Sicherheitsgarantie der Stadtwerke von den Banken eingefordert wurde.

Die dafür von der SPD-Fraktion geplanten Einsparungen beim Straßensanierungsprogramm sind aus unserer Sicht willkürlich und greifen gerade dort, wo existenzielle Pflichtaufgaben der Kommune betroffen sind. Und das seit Jahren, wie der Vorlage-

bericht zur Fortschreibung der Prioritätenliste aus dem Jahr 2002 ausweist (vgl. Top2 der Verkehrsausschusssitzung vom 15.04.2002). Schon damals vor 14 Jahren stand z.B. die Pfälzer Straße auf dem Plan. Heute müssen die Anlieger für die Totalsanierung rund eine halbe Million blechen, weil das Straßenbauprogramm, damals von der SPD-Mehrheit wie heute als Steinbruch für andere Wünsche missbraucht wird. Es ist auch kein beeindruckender Sanierungsplan, so wie Sie das darstellen Herr Bürgermeister, es ist nicht der Fall. Wir schleppen bestimmte Projekte, wie die Pfälzer Str. oder Goethe Str. schon wiederum ein Jahr vor und her und wenn ich das heuer wieder ansetze- natürlich schauen die Zahlen dann hervorragend aus- aber in Wirklichkeit? Die Rathausstr. bleibt und wird Luxussaniert, sogar mit Baumpflanzung, wir müssen es ja dementsprechend begrünen.

Der von der SPD vorgelegte HH-Vorschlag reicht im Übrigen sowieso nicht aus, um dem Schuldentanker für eine absehbare Zeit – die CSU hat es erwähnt - die entscheidende Wende zu geben. Da ist die vorgetragene Solidarität mit dem Bulmare an sich betrachtet bereits eine Wählertäuschung, weil wir alle, wie wir hier sitzen wissen, was los ist und wie schwierig die Lage ist.

Alle mit Ausnahme der BWG - Dort hat man offensichtlich eine Bonanza am Kreuzberg entdeckt eine Goldader mit der die werbewirksamen aber völlig realitätsfernen HH-Vorschläge wie die Rücknahme der Gewerbe- und Grundsteuererhöhung zu finanzieren ist, wie die Stellungnahme der Kämmerei klar dargelegt wird das es eben nicht so geht.

Das sind nicht realisierbare Schaufensteranträge nur darauf aus, die Versäumnisse und Fehler der Vergangenheit zu retuschieren.

Alle anderen Stadträte wissen ganz genau, dass die Einsparmaßnahmen und Einnahmenerhöhungen nicht reichen werden um das Schuldenloch aufzufüllen.

Wir setzen mit unseren beiden HH-Vorschlägen zum Kindergartenbeitrag und zur Förderung junger einheimischer Familien mit Kindern beim Wohnungsbau dagegen auf die Zukunft und wollen die Generation unterstützen, die das schwere Erbe abtragen muss. Nachdem im Ausschuss dazu Zustimmung von CSU und FWL gekommen ist hoffen wir jetzt darauf, dass auch die SPD-Fraktion in diesem Fall über ihren ideologischen Schatten springt und dem BFB-Antrag zustimmt. Dies wäre ein Signal auch für die ewig Gestrigen, die alles ablehnen was nicht von ihnen selbst kommt.

zusammenfassend darf ich nochmals auf die Situation mit dem Kernproblem unseres HH eingehen: Die Bulmare-Schulden:

Politik beginnt mit der Wahrnehmung der Realität

Fakt ist Burglengenfeld konnte und kann sich unter den Voraussetzungen eines riesigen Schuldenbergs den Betrieb des Bulmare mit Eigenmitteln nicht leisten. Fakt ist weiter das Bad ist in kalkulierbarer Zeit von heute an in ca. 20 Jahren abgeschrieben oder drastischer gesagt nicht mehr nutzbar, aber die Schulden sind dann immer noch da.

Fakt ist weiter, dass dieses Bad zum überwiegenden Teil von Auswärtigen dankbar genutzt, aber von den bevorteilten Kommunen nicht mitfinanziert wird.

Fakt ist, die Burglengenfelder finanzieren diese Einrichtung dreimal!

1. über die Grundsteuer, als Haus- und/ oder Grundstückbesitzer, Kosten die auch auf den Mieter indirekt umgelegt werden und so das Wohnen in Burglengenfeld teu-

rer machen.

2. über die Straßenausbaubeiträge, die fällig werden, weil die Stadt seit Jahren ihrer Unterhaltungspflicht aus Geldmangel nur unzureichend nachkommt die Straßen deshalb verfallen und so die Bürger als Anlieger mit fünfstelligen Eurosummen für eine dann notwendige Totalsanierung zur Kasse gebeten werden

3. über fehlende Finanzierungsmöglichkeiten von zukunftsorientierten Leistungen wie zum Beispiel der Baulandförderung für Einheimische Familien ein BFB-Vorschlag seit Jahren für den angeblich kein Geld vorhanden sind.

Nochmals zur Klarstellung:

Die BFB-Fraktion betreibt im Gegensatz zur BWG keine Wünsch-dir-Was-Politik mit billigen Taschenspielertricks, die nichts anderes im Sinne haben als die Bürger zu verwirren und die Schuld für die Schulden auf andere abzuwälzen.

Die BFB-Fraktion steht angesichts der Probleme dafür ein, die Bürger umfassend zu informieren und angesichts der anstehenden Grundsatzentscheidungen daran unbedingt und unmittelbar basisdemokratisch zu beteiligen, damit das Stadtratsgremium auch für die notwendigen drastischen Einschnitte ausreichend legitimiert ist.

Wir fordern deshalb abschließend und wiederholt eine direkte Bürgerbeteiligung bei der die Bulmare GmbH und die Tochtergesellschaften insgesamt auf den Prüfstand gestellt werden müssen. Nur mit einem Bürgerentscheid können wir die gestellte Aufgabe in Burglengenfeld gerecht werden. Nur unter Beachtung dieses Grundpfeilers unseres Politik und Demokratieverständnisses können wir einen zukunftsgerichteten Haushalt auch mittragen.

Ich danke für die Aufmerksamkeit

Protokoll

A) Öffentliche Sitzung:

Beschluss

Nr.:399

Gegenstand:	Genehmigung des Protokolls über den öffentlichen Teil der Sitzung vom 24.02.2016 und vom 27.01.2016
--------------------	---

Nach ordnungsgemäßer Ladung sind der 1. Bürgermeister und 21 der 24 Gremienmitglieder erschienen; sie waren für oben bezeichneten Beratungsgegenstand stimmberechtigt.

Beschlussfähigkeit nach Art. 47 Abs. 2 GO war sonach gegeben.

Sachdarstellung, Begründung:

Das Protokoll der öffentlichen Sitzung des Stadtrates vom 24.02.2016 und vom 27.01.2016 wurde den Ausschussmitgliedern vorab zugestellt.

Beschluss:

Das Protokoll über den öffentlichen Teil der Sitzung des Stadtrates vom 24.02.2016 und vom 27.01.2016 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Öffentliches Protokoll vom 27.01.2016

Mit 18 gegen 4 Stimmen

Öffentliches Protokoll vom 24.02.2016.2016

Einstimmig

Stadtrat Albin Schreiner fragte, ob diese Protokolle getrennt abgestimmt würden. „Die Fraktion hätte den Ablauf der Sitzung vom 27.01.2016 noch anders in Erinnerung. In dieser Sitzung wäre zur Sache abgestimmt worden und nicht zur Tagesordnung. Deshalb werde dem Protokoll vom 27.01.2016 die Genehmigung versagt.“

Bürgermeister Thomas Gesche verweist darauf, dass das Protokoll so geführt würden, wie der tatsächliche Ablauf war. Dieser sei im Übrigen auch auf dem entsprechenden Band gut nachvollziehbar.

Die Protokolle könnten aber selbstverständlich getrennt abgestimmt werden.

Beschluss

Nr.:400

Gegenstand: Einstellung einer Teilzeitkraft für den Bürgertreff
--

Nach ordnungsgemäßer Ladung sind der 1. Bürgermeister und 21 der 24 Gremienmitglieder erschienen; sie waren für oben bezeichneten Beratungsgegenstand stimmberechtigt.

Beschlussfähigkeit nach Art. 47 Abs. 2 GO war sonach gegeben.

Sachdarstellung, Begründung:

Der Bürgertreff am Europaplatz hat sich in den letzten Jahren als bewährte Einrichtung etabliert, die hauptsächlich Jugendliche, Senioren und Familien mit einer Vielzahl von Veranstaltungen anspricht. Diese Veranstaltungen werden größtenteils in enger Zusammenarbeit mit Vereinen, Initiativen und dgl. durchgeführt. Das Team im Bürgertreff organisiert auch viele Veranstaltungen selbst und betreut das Jugend-Café.

Vor allem im Bereich der Jugendarbeit wird durch den Bürgertreff ein umfassendes Angebot an Betreuungsmöglichkeiten vorgehalten. Die Erfahrung hat gezeigt, dass dieses Angebot vollständig nicht nur durch eine Kraft aufrechterhalten werden kann.

Zur Vermeidung von Personalengpässen (z. B. wenn die Leitung in Urlaub oder krank ist) und zur Aufrechterhaltung eines kontinuierlichen Angebots auch in den Ferienzeiten soll die Personalkapazität mit einer weiteren Kraft erhöht werden. Auch ist für eine Vielzahl der angebotenen Veranstaltungen und / oder Fahrten eine zweite pädagogische Fachkraft zwingend erforderlich.

Diese Teilzeitstelle soll mit 15 Stunden wöchentlich mit einer Person besetzt werden, die als Sozialpädagoge/in oder mit einer vergleichbaren Qualifikation ausgebildet ist.

Diese Stelle soll in Entgeltgruppe S 9 bewertet werden, was jährliche Kosten von ca. 22.000,00 € verursacht.

Der Stellenplan wurde zwischenzeitlich allen Fraktionen vorgelegt. Dieser Entwurf des Stellenplanes berücksichtigt bereits diese hier vorgesehene Planstelle.

Zur Asylbewerberthematik sei der Vollständigkeit halber folgendes erwähnt. In der Stadt Burglengenfeld sind aktuell 106 Asylbewerber dezentral untergebracht. Auf Grund vieler erfolgreicher Maßnahmen der Kommune und Unterstützung vieler ehrenamtlicher Helfer funktioniert die Unterbringung und Integration bisher grds. sehr gut.

Obwohl die Stadt bei dieser Thematik nicht zuständig und somit auch nicht Sachaufwandsträger ist, hat Bürgermeister Gesche eine Teilzeitkraft zur Betreuung der Asylbewerber und zur Koordination zwischen allen Beteiligten Behörden integriert, was sich zwischenzeitlich als höchst sinnvoll und notwendig erwiesen hat.

Die Teilzeitkraft, welche hervorragende Arbeit leistet, kommt jedoch zwischenzeitlich an Ihre Kapazitätsgrenzen. Hier kann künftig Unterstützung notwendig werden, die sich wie folgt abzeichnet:

Es wird so bald wie möglich ein/ e Integrationsbeauftragter/ e mit ca. 25 – 30 Stunden für die Asylbewerber im Städtedreieck eingestellt. Diese zentrale Kraft wird auch für die Burglengenfelder Asylbewerber zuständig sein und somit Frau Bitterer entscheidend entlasten können.

Es wird um Zustimmung zur Einstellung der o.g. Sozialpädagogin/en gebeten.

Beschluss:

Der Stadtrat genehmigt die Stellenausschreibung für eine Person mit der Qualifikation Sozialpädagoge/in oder vergleichbarer Qualifikation.

Die Stelle hat einen Umfang von 15 Wochenstunden und ist in den Stellenplan für den Haushalt 2016 aufzunehmen.

Weitergehender Antrag:

Der Stadtrat genehmigt die Stellenausschreibung für eine Person mit der Qualifikation Sozialpädagoge/in oder vergleichbarer Qualifikation.

Die Stelle hat einen Umfang von 15 Wochenstunden und ist in den Stellenplan für den Haushalt 2016 aufzunehmen.

Darüber ist eine neue Konzeption innerhalb des nächsten Jahres zu erarbeiten.

Die Stelle ist vorerst auf zwei Jahre zu befristen.

Abstimmungsergebnis für den weitergehenden Antrag:

Mit 17 gegen 5 Stimmen

Gegenstand: Haushaltsplan 2016 der Stadt Burglengenfeld; Haushaltsberatung

Beschluss

Nr.:401

Gegenstand: Antrag der SPD-Fraktion
--

Nach ordnungsgemäßer Ladung sind der 1. Bürgermeister und 22 der 24 Gremienmitglieder erschienen; sie waren für oben bezeichneten Beratungsgegenstand stimmberechtigt.

Beschlussfähigkeit nach Art. 47 Abs. 2 GO war sonach gegeben.

Sachdarstellung, Begründung:

Die SPD-Fraktion hat ihren Antrag in der Ausschusssitzung am 03.03.2016 zurückgezogen, um diesen zu überarbeiten. Eine abschließende Haushaltsvorberatung war somit nicht möglich.

Bis zur Stadtratssitzung am 09.03.2016 wird ein neuer Antrag vorgelegt.

Beschluss:

Dem Antrag der SPD-Fraktion vom 08.03.2016 zum Haushalt 2016 wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Mit 8 gegen 15 Stimmen *abgelehnt*

Beschluss

Nr.:402

Gegenstand: Antrag der BWG-Fraktion
--

Nach ordnungsgemäßer Ladung sind der 1. Bürgermeister und 22 der 24 Gremienmitglieder erschienen; sie waren für oben bezeichneten Beratungsgegenstand stimmberechtigt.

Beschlussfähigkeit nach Art. 47 Abs. 2 GO war sonach gegeben.

Sachdarstellung, Begründung:

Antrag der BWG-Fraktion vom 17.02.2016 zum Haushalt 2016.

Der Finanz- und Personalausschuss empfiehlt dem Stadtrat mit 7 Stimmen gegen 1 Stimme den Antrag abzulehnen.

Beschluss:

Dem Antrag der BWG-Fraktion vom 17.02.2016 zum Haushalt 2016 wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Mit 4 gegen 19 Stimmen *abgelehnt*

Beschluss

Nr.:403

Gegenstand: Antrag der BFB-Fraktion
--

Nach ordnungsgemäßer Ladung sind der 1. Bürgermeister und 22 der 24 Gremienmitglieder erschienen; sie waren für oben bezeichneten Beratungsgegenstand stimmberechtigt.

Beschlussfähigkeit nach Art. 47 Abs. 2 GO war sonach gegeben.

Sachdarstellung, Begründung:

1, Unterstützung von Mehrkind-Familien beim Kindergartenbeitrag

2, Förderung von einheimischen jungen Familien beim Bau von Eigenheimen

1, Kinder bedeuten (leider) in unserer Gesellschaft ein Armutsrisiko. Dem muss die Kommune entgegenwirken. So soll – gestaffelt nach Kinderzahl – bereits ab dem 2. Kind der Beitrag für den städtischen Kindergarten ermäßigt werden und der Beitrag für die beiden anderen Träger ggf. in selber Höhe laut Nachweis bezuschusst werden.

Kosten: ca. 10.000 € (bei jeweils 50 Anträgen pro Jahr gefördert mit 200 €)

Der Finanz- und Personalausschuss empfiehlt dem Stadtrat mit 6 Stimmen gegen 2 Stimmen den Antrag abzulehnen.

2, Junge Familien haben unter kleinen Wohnungen und den in den vergangenen Jahren stark gestiegenen Baulandpreisen in Burglengenfeld am meisten zu leiden. Umgekehrt bedeutet der Zuzug von jungen Familien eine Zukunftsinvestition für die Stadt. Eine direkte Förderung als Eigenheimzulage gestaffelt nach Kinderzahl und Einkommen ist notwendig. Das kürzlich ergangene Urteil des EUGH ist insofern richtungsweisend.

Kosten: ca. 40.000 € (bei ca. 20 Anträgen pro Jahr mit 2.000 €)

Der Finanz- und Personalausschuss empfiehlt dem Stadtrat mit 5 Stimmen gegen 2 Stimmen den Antrag zuzustimmen.

Beschluss:

1, Unterstützung von Mehrkind-Familien beim Kindergartenbeitrag

Der Stadtrat stimmt dem Antrag zur Unterstützung von Mehrkind-Familien beim Kindergartenbeitrag mit voraussichtlichen Kosten von 10.000 zu. Die Deckung der Ausgabe erfolgt durch Entnahme aus der Rücklage.

Abstimmungsergebnis:

Mit 4 gegen 19 Stimmen *abgelehnt*

2, Förderung von einheimischen jungen Familien beim Bau von Eigenheimen

Der Stadtrat stimmt der Förderung von einheimischen jungen Familien bei Schaffung von Wohneigentum mit Kosten von 40.000 € zu. Die Deckung der Ausgabe erfolgt durch Entnahme aus der Rücklage.

Abstimmungsergebnis:

Mit 8 gegen 15 Stimmen *abgelehnt*

Beschluss

Nr.:404

Gegenstand: Erlass der Haushaltssatzung
--

Nach ordnungsgemäßer Ladung sind der 1. Bürgermeister und 22 der 24 Gremienmitglieder erschienen; sie waren für oben bezeichneten Beratungsgegenstand stimmberechtigt.

Beschlussfähigkeit nach Art. 47 Abs. 2 GO war sonach gegeben.

Sachdarstellung, Begründung:

Die SPD-Fraktion kündigte in der Finanz- und Personalausschusssitzung am 03.03.2016 an, ihren Antrag zum Haushalt 2016 überarbeiten zu wollen und am Dienstag, den 08.03.2016 den überarbeiteten Antrag vorzulegen.

Eine Empfehlung zur Beschlussfassung über die Haushaltssatzung konnte somit noch nicht erfolgen.

Beschluss:

Die Haushaltssatzung 2016 für die Stadt Burglengenfeld wird erlassen und der Haushaltsplan 2016 (Verwaltungsvorschlag) mit samt seinen Bestandteilen und Anlagen wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Mit 11 gegen 12 Stimmen *abgelehnt*

Beschluss

Nr.:405

Gegenstand:	Festsetzung des Finanzplanes 2016 mit Investitionsprogramm für die Jahre 2015 - 2019
--------------------	--

Nach ordnungsgemäßer Ladung sind der 1. Bürgermeister und 22 der 24 Gremienmitglieder erschienen; sie waren für oben bezeichneten Beratungsgegenstand stimmberechtigt.

Beschlussfähigkeit nach Art. 47 Abs. 2 GO war sonach gegeben.

Sachdarstellung, Begründung:

Die SPD-Fraktion kündigte in der Finanz- und Personalausschusssitzung am 03.03.2016 an, ihren Antrag zum Haushalt 2016 überarbeiten zu wollen und am Dienstag, den 08.03.2016 den überarbeiteten Antrag vorzulegen.

Eine Empfehlung zur Beschlussfassung über den Finanzplan mit Investitionsprogramm für die Jahre 2015 - 2019 erfolgte deshalb noch nicht.

Beschluss:

Der Finanzplan 2016 mit Investitionsprogramm für die Jahre 2015 bis 2019 wird beschlossen. (Verwaltungsvorschlag)

Abstimmungsergebnis:

Mit 11 gegen 12 Stimmen *abgelehnt*

Beschluss

Nr.:406

Gegenstand:	Antrag der SPD-Fraktion zu einem Grundsatzbeschluss für neue Baugebiete
--------------------	---

Nach ordnungsgemäßer Ladung sind der 1. Bürgermeister und 22 der 24 Gremienmitglieder erschienen; sie waren für oben bezeichneten Beratungsgegenstand stimmberechtigt.

Beschlussfähigkeit nach Art. 47 Abs. 2 GO war sonach gegeben.

Sachdarstellung, Begründung:

Mit Schreiben vom 10.02.2016 hat die SPD-Stadtratsfraktion einen Antrag an den Stadtrat mit nachfolgend kurz wiedergegebenem Sachverhalt gestellt.

1. Überprüfung bei künftigen Bebauungsplänen auf eine rationale Wärmeenergieversorgung auf der Basis regenerativer Energieträger
2. Ökologische Bauleitplanung für neue oder bestehende Baugebiete und Umrüstung auf Energieautarkie
3. Besichtigung des Nahwärmenetzes der Gemeinde Lupburg durch den Bau-, Umwelt- und Verkehrsausschuss

Dem Vorlagebericht liegt der SPD-Antrag mit Begründung bei.

Zu den einzelnen Punkten des Antrags wird nachfolgend näher darauf eingegangen.

Zu 1.:

Mit der Einführung der Energieeinsparung 2016 ist ein weiterer Schritt zur ressourcenschonenden Anwendung regenerativer Energien bei Wohngebäuden und Nichtwohngebäuden eingeleitet worden.

Hier ist es wichtig, im Hinblick auf die Entwicklung neuer Baugebiete bzw. Änderungen im Bestand auf den Einsatz von rationellen Energieversorgungssystemen auf der Basis regenerativer Energieträger hinzuwirken.

Eine Überprüfung verschiedener Heizsysteme und Vergleich auch in wirtschaftlicher Hinsicht zur CO₂-Einsparung sind hierfür unbedingt Voraussetzung.

Der Vergleich soll zwischen einer zentralen Heizanlage und Einzelanlagen bei den einzelnen Anwesen unter Benennung aller Vor- und Nachteile angestellt werden. Die Nachhaltigkeit und Wertschöpfung vor Ort ist dabei ebenso zu bewerten, wie die Möglichkeit zur Steigerung der Energieeffizienz.

Die Untersuchung soll, wie schon angesprochen, technologieoffen sein, da die entscheidende Innovation das Netz selbst ist. Die Bürger und die Öffentlichkeit sollen und müssen, wenn möglich, daran beteiligt werden.

Basis der Untersuchung soll die 100%ige Bereitstellung regenerativer Wärme und einhergehender Rohstoffversorgung aus der Region sein, wobei hier eine Koppelung solarthermischer Wärmebereitstellung bis zu einem gewissen Grad wohl anzuraten und vorstellbar ist.

Die Technik für Blockheizkraftwerke steigert die Energieeffizienz, da gleichzeitig mit der Wärmenutzung auch eine Stromeinspeisung erfolgen kann, stellt aber trotzdem nur eine Möglichkeit der Bereitstellung dar.

Letztendlich muss der Fokus darauf gerichtet sein, langfristig bezahlbare Energie für die Bürger zu schaffen.

Das notwendige Know-how und die technischen Voraussetzungen sind auch in der freien Wirtschaft vorhanden und sollen auch angenommen werden.

Zu 2.:

Die ökologische Bauleitplanung kann eine Voraussetzung für derartige Energieversorgungssysteme wie unter 1. aufgeführt darstellen, oder aber auch die Chance bedeuten, für die Zukunft auch das Wohnumfeld entsprechend zu gestalten.

Dazu tragen bei eine flächensparende, energiesparende, ressourcenschonende Bauweise und ein naturnahes Umfeld (schafft „Atmosphäre“) sowie die Verwendung „gesunder“ Baustoffe.

Mit der ökologischen Bauleitplanung in Bezug auf den Bodenverbrauch, die z.B. Verwendung durchlässiger Versiegelungsmaterialien, Rückhaltung von Niederschlagswasserabflüssen mit Dachbegrünung, zentrale Versickerung von Niederschlagswasserabflüssen, Regenwassernutzung, Biotopschutz – Erhaltung und Schaffung von Lebensräumen für Flora und Fauna, klimaregulierende Grünflächen, Begrünung des Straßenraumes, passiver Lärmschutz in Form von entsprechend geschickter Gliederung von Baugebieten, energetisch günstige Bebauungsstrukturen und der bereits angesprochene Einsatz rationaler Energieversorgungssysteme sowie der Reduzierung des Verkehrsaufkommens durch Funktionsmischung wie z.B. die gleichberechtigte Nutzung von Nebenstraßen für Fußgänger und Fahrzeuge aller Art im Rahmen einer Verkehrsberuhigung, abschließend die Verwendung umweltverträglicher Baustoffe kann ein richtungsweisender und zukunftsorientierter Weg beschritten werden.

Gepaart mit einer sinnvollen, sachlichen, städtebaulichen Struktur und Stadt-raumgestaltung kann die Entwicklung zu einem biogenen Miteinander zwischen Städtebau und der Bevölkerung führen.

All die vorgenannten Punkte können in der Bauleitplanung durch entsprechende Festsetzungen vorgeschrieben werden.

Ein wichtiger Baustein für die ökologische Bauleitplanung wurde in den vergangenen Jahren bereits aufgestellt, nämlich der Landschaftsplan, der in verschiedener ökologischer Hinsicht eine Hilfestellung dazu darstellt.

Aber nicht nur ämterintern, auch für die zukünftige Bauleitplanung stellt dieses Instrument eine wichtige Grundlage dar.

Die anstehende Fortschreibung bzw. Überarbeitung des bestehenden Flächennutzungsplanes bietet hier ebenfalls eine Chance, auf erneuerbare Energien Rücksicht zu nehmen und entsprechende Flächen zur Bereitstellung von Energieträgern und Energie zu reservieren.

Zu 3.:

Zu diesem Zweck besichtigt der Bau-, Umwelt- und Verkehrsausschuss das Nahwärmenetz der Gemeinde Lupburg.

Wie vor kurzem auch einem Pressebericht der Stadtbau GmbH Burglengenfeld zu entnehmen war, wurde hier ein Vorzeigeobjekt in der in der Region gelegenen Ortschaft Lupburg erstellt.

Die Verwaltung hat dieses Nahwärmenetz bereits vor wenigen Wochen vor Ort besichtigt, informieren lassen und kann eine Besichtigung nur empfehlen.

Zu den Beschlussvorschlägen wird angeraten, diese einzeln als Empfehlung an den Stadtrat zu fassen, um keine Abhängigkeiten untereinander zu erzeugen, wenn auch diese grundsätzlich gegeben sind.

Beschluss:

Die Stadt Burglengenfeld wird bei der Aufstellung künftiger Bebauungspläne für Wohngebiete die Möglichkeiten einer dezentralen Energieversorgung, insbesondere Nutzungsmöglichkeiten regenerativer Energieträger durch Blockheizkraftwerke oder Ähnlichem prüfen.

Mittelfristig sollen ökologische Baugebiete entstehen oder bestehende Baugebiete energieautark umgerüstet werden. Die Bürgerinnen und Bürger sind dabei frühzeitig in Entscheidungsprozesse einzubinden.

Zu diesem Zweck besichtigt der Bauausschuss das Nahwärmenetz der Gemeinde Lupburg. Die Verwaltung wird insofern beauftragt, einen Termin mit dem Markt Lupburg zu vereinbaren.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Beschluss

Nr.:407

Gegenstand: Errichtung eines Waldkindergartens

Nach ordnungsgemäßer Ladung sind der 1. Bürgermeister und 22 der 24 Gremienmitglieder erschienen; sie waren für oben bezeichneten Beratungsgegenstand stimmberechtigt.

Beschlussfähigkeit nach Art. 47 Abs. 2 GO war sonach gegeben.

Sachdarstellung, Begründung:

In der Stadtratssitzung vom 24.02.2016 wurde beschlossen, dass das BRK Träger des Waldkindergartens wird.

Als weitere Entscheidung steht nun die Standortfestlegung an.

Hierzu hat die Verwaltung nach Recherche vier mögliche Standorte ausgewählt und in Form einer Punktetabelle gegenüber gestellt.

Die aufgeführten Kriterien sind für die Entscheidungsfindung zu einem Standort nach Meinung der Verwaltung die Wesentlichen.

Nach Festlegung des Standortes durch den Stadtrat wird eine Abstimmung mit dem Träger und dem Jugendamt beim Landratsamt Schwandorf erfolgen, um Einzelheiten für die Umsetzung des Waldkindergartens für voraussichtlich eine Gruppe realisieren zu können.

Der Standort selbst wird ausgestattet mit einem Container 6x3m, in den sich die Kinder zurückziehen, aufwärmen und teilweise schlafen können. Die Beheizung erfolgt mit einem Holzkaminofen.

Ein angebautes Schutzdach aus einer Holzkonstruktion ermöglicht den Aufenthalt bei schlechter Witterung.

Weiterhin ist ein Container zum Lagern von Spielgeräten und sonstigen Sachen geplant.

Zum Verrichten der Notdurft ist ein Trocken-WC geplant.

Vom Stadtbauamt wurde hierzu eine überschlägige Kostenermittlung erstellt.

Im Haushalt sind hierfür 25.000 € eingeplant.

Im umgrenzenden Waldumgriff sollen an verschiedenen Stellen zwei bis drei Gruppensitzplätze für die Kinder errichtet werden.

In Abstimmung mit der Baugenehmigungsbehörde wird ein Bauantrag gestellt.

Beschluss:

Der Stadtrat beauftragt die Verwaltung, mit dem künftigen Träger, dem BRK, die Standorte 1, 3 und 4 zu besichtigen und daraus die endgültige Festlegung zu treffen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Gegenstand:	Bauanträge und Bauvorhaben
--------------------	----------------------------

Beschluss

Nr.:408

Gegenstand:	Errichtung eines Einfamilienhauses mit Garage auf dem Grundstück Flst.Nr. 583/1 der Gem. Lanzenried, Mühlberg 5, als Ersatzbau zum Altbestand - Bauvoranfrage -
--------------------	---

Sachdarstellung, Begründung:

Der Bauherr beabsichtigt auf dem Anwesen Mühlberg 5 ein Einfamilienwohnhaus mit Garage als Ersatzbau zum Altbestand zu errichten. Das Baugrundstück liegt gemäß § 35 BauGB im Außenbereich, welcher nur nach sehr strengen Kriterien bebaut werden darf. Das bestehende Haus aus den 1940er Jahren ist stark sanierungsbedürftig und soll durch einen Neubau ersetzt werden, was für den Bauherrn wirtschaftlich und ökologisch am sinnvollsten erscheint. Nach Art. 35 Abs. 4 Nr. 2 Baugesetzbuch ist die Neuerrichtung eines gleichartigen Gebäudes im Außenbereich möglich, wenn das neu errichtete Gebäude für den Eigenbedarf des bisherigen Eigentümers oder seiner Familie genutzt wird. Diese Voraussetzungen werden vom Bauherrn erfüllt, da er als nächste Generation des vorherigen Eigentümers ein neues Wohnhaus errichten möchte.

Es muss jedoch vom Antragsteller versichert werden, dass der Altbestand unmittelbar nach der Nutzungsaufnahme des Neubaus abgerissen wird.

Die Verwaltung empfiehlt, das gemeindliche Einvernehmen zu erteilen, damit auch den nachfolgenden Generationen in den dörflichen Strukturen Möglichkeiten geboten werden, am Ort wohnhaft bleiben zu können.

Beschluss:

Der Stadtrat erteilt das gemeindliche Einvernehmen für die Bauvoranfrage zur Errichtung eines Einfamilienwohnhauses mit Garage als Ersatzbau zum Altbestand auf dem Grundstück Flst.Nr. 583/1 der Gem. Lanzenried.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Gegenstand:	Anfragen nach § 31 der Geschäftsordnung / Informationen des Bürgermeisters
--------------------	--

Information von Herrn Thomas Wittmann

Herr Wittmann wies darauf hin, dass es im Moment keinen Haushalt gäbe, da es keine Mehrheit gab. Also eine haushaltslose Zeit. Im Haushalt ist der Waldkindergarten mit 25.000,00 € vorgesehen. Diese können aber in der haushaltslosen Zeit nicht ausgegeben werden. In dieser Zeit dürften keine neuen Projekte entstehen. Alle Investitionen (z.B. Straßenbau), wenn sie nicht schon angefangen wurden und fortgeführt werden müssten, dürften **neu** in der haushaltslosen Zeit nicht begonnen werden.

Anfragen

Stadtrat Sebastian Bösl fragte wie es jetzt weitergehen solle, denn die Situation wäre einmalig?

Bürgermeister Thomas Gesche sagte: „Es wird im April erneut über den Haushalt beraten werden und ich hoffe, dass wir dann miteinander zu einer Lösung kommen. Es kann nicht nur schwarz oder nur weiß geben. Es wird vielleicht einen Mittelweg geben und dann kommen wir auch zu einer Lösung“.

Informationen des Bürgermeisters

1. Es gab gestern einen Prozess vor dem Verwaltungsgericht in Regensburg. Geklagt hat hier Frau Evi Vohburger vertreten hier durch Herrn Schreiner sen. gegen die Stadt Burglengenfeld vertreten hier durch die Kanzlei Schlachter & Kollegen. Es ging um eine angeblich falsche Ladung aus dem November 2014. Ich möchte berichten, dass die Klage abgewiesen wurde.

2. Die Anfrage von Herrn Wein in Bezug auf die Rechtsgrundlage zur Erteilung des Herrn Dr. Troidl. Diese Anfrage ist ausreichend schriftlich an alle Fraktionen beantwortet worden. Bei weiteren Fragen könnten Sie sich an die Verwaltung oder einen Juristen Ihres Vertrauens wenden.

Thomas Gesche
1. Bürgermeister

Regina Lorenz
Schriftführer/in